



Antrag

der Abgeordneten **Roland Magerl, Andreas Winhart, Katrin Ebner-Steiner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Christoph Maier** und **Fraktion (AfD)**

Expertengespräch zur Erörterung von Maßnahmen, um Betrugsfälle in der ambulanten Pflege einzudämmen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege soll ggf. gemeinsam mit dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport ein Expertengespräch durchführen, um die Dimension von Betrugsfällen im Bereich der ambulanten Pflege in Bayern abzuschätzen und Wege zu erörtern, auf politischer Ebene den Kampf hiergegen zu unterstützen.

Begründung:

Betrug ist im Bereich der ambulanten Pflege – vor allem im Bereich der Intensivpflege – nahezu allgegenwärtig. Allein bei den Intensivpflegediensten, mit denen die AOK Bayern zusammenarbeitet, laufen gegen 35 der 120 Anbieter Ermittlungsverfahren. Diejenigen, die sich der Betrugsprävention und der Aufklärung verschrieben haben beklagen, dass vor allem auch auf politischer Ebene zu wenig getan wird. Dominik Schirmer, Chefermittler der AOK Bayern, sagte hierzu dem Magazin „Spiegel“: „Die politischen Beschlüsse gegen den Betrug in der Pflege bleiben an der Oberfläche. Das ist purer Aktionismus.“ (<https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/106357/Ermittler-kritisieren-Untaetigkeit-der-Regierung-bei-Pflegebetrug>)

Auf politischer Ebene ist es nicht einfach, die Bedürfnisse von Krankenkassen und Ermittlungsbehörden im Bereich der Betrugsprävention und -bekämpfung abzuschätzen und Handlungsoptionen daraus abzuleiten. Wir beantragen deshalb ein Expertengespräch im Ausschuss für Gesundheit und Pflege, ggf. gemeinsam mit dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport. Im Rahmen des Gesprächs soll mit Ermittlern der Krankenkassen und Vertretern von Polizei und Justiz erörtert werden, welche Dimensionen Betrug in der ambulanten Pflege in Bayern hat und welche Maßnahmen die Experten empfehlen würden, um auf politischer Ebene den Kampf gegen den Betrug im Gesundheitswesen zu unterstützen. Als Experten werden neben Dominik Schirmer von der AOK Bayern Vertreter von polizeilichen Ermittlungsbehörden und der Staatsanwaltschaft vorgeschlagen.